

Wieder mehr Illegale unterwegs – Migranten-Stau in Bosnien- Herzegowina

Die Lockerung des strikten Corona-Grenz-Regimes zeitigt an den europäischen Außengrenzen allenthalben negative Folgen. Nicht nur im Mittelmeer, sondern auch im europäischen Südosten steigt die illegale Reisetätigkeit wieder drastisch an.

Massiver Anstieg auf der Balkanroute

Bosnien und Herzegowina, schon 2015 Station an der sogenannten Balkanroute, bekommen den Anstieg in diesen Tagen dramatisch zu spüren. Tagesschau.de sprach diesbezüglich von den Vergessenen auf der Balkanroute. Wenn diese vielen Asylanten aber erst einmal in Deutschland sind, wird man sie schwerlich vergessen können.

Täglich werden derzeit zwischen 150 und 200 Neuankünfte registriert, wie von Darko ulum, dem Vorsitzenden des Koordinierungsgremiums zur Überwachung der Migrantenbewegung der Republika Srpska, zu hören ist. Beamte des an der bosnisch-kroatischen Grenze gelegenen Kantons Una-Sana weisen darauf hin, dass die Zahl der illegalen Migranten in dieser Region in den letzten Wochen erheblich zugenommen hat und dass in der Region täglich zwischen 200 und 300 Neuankünfte registriert werden.

Serbien schickt Armee zum Schutz

Im Gegensatz zu Bosnien und Herzegowina ergreifen die Nachbarstaaten der Region Maßnahmen, um Illegale von ihrem Territorium fernzuhalten. Serbien hat seine Armee nach Šid an der serbisch-kroatischen Grenze geschickt. Slowenien ist dabei, die Vorschriften zu ändern, um Asylanträge innerhalb von 24 Stunden zu bearbeiten und Migranten nach ihrer Ablehnung in ein Nachbarland zurückzuschieben.

Kroatien wird höchstwahrscheinlich dem Beispiel Sloweniens folgen. Das bedeutet, daß viele Migranten nach Bosnien und Herzegowina

zurückgeschickt werden, wo sie sich vorerst noch unbehelligt aufhalten können.

Einwanderung

Ausnahmezustand in Wien: Dritte Nacht in Folge mit gewalttätigen Ausschreitungen

In Wien ist der Teufel los. Seit im Zuge der „Black Lives Matter“-Bewegung weiße Mehrheitsgesellschaften in die Rolle von Bösewichten gedrängt werden, begreifen eingewanderte Minderheiten das als ihre Chance, das Gastland nach ihren Vorstellungen umzugestalten.

Gemeinsame Sache von Ausländern und „Antifa“

Und dabei greifen sie gerne zur Gewalt. Vor allem im stark überfremdeten Wien kommt es seither zu gewalttätigen Ausschreitungen. Zuletzt am Freitagabend in Favoriten – die dritte Nacht in Folge, wo Kurden gemeinsam mit den Linken der „Antifa“ gegen die Polizei antraten.

Bei den Ausschreitungen setzten die Fremden und die Krawallmacher der „Antifa“ auch Böller, Flaschen und andere Wurfgeschosse ein. Mehrere Polizisten wurden dabei verletzt, festgenommen jedoch nur zwei der vielen Gewalttäter.

Wohin mit Karl Lueger? Stadt Wien begrüßt Debatte

Die Jüdischen Österreichischen HochschülerInnen fordern mit einer Petition die Entfernung des Lueger-Denkmal in Wien. Die Ehrung des „rabiatischen Antisemiten“ sei unerträglich. Die Stadt begrüßt die Debatte.

Londons Bürgermeister ließ letzte Woche die Statue eines Sklaventreibers demontieren. Die Wiener Petition der JÖH wurde nach wenigen Tagen bereits knapp 600-mal unterzeichnet. „In der Frage ‚abreißen oder kontextualisieren‘ hat sich die Stadt bislang immer für den zweiten Weg entschieden“, erklärt nun

Grünen-Vorstoß: „Statue um 3,6 Grad kippen“

Aber die Stadt begrüße jede Debatte. Die Grünen haben einen Vorschlag in Anlehnung an einen alten Ideenwettbewerb: „Die Statue soll um 3,6 Grad gekippt werden. Das Symbol dahinter ist die Unsicherheit Österreichs mit dem Umgang mit der eigenen Geschichte, was am Platz erklärt werden muss“, so Niki Kunrath (Grüne).

STATISTIK ENTLARVT NEHAMMERS ZAHLENSPIELE ALS UNWAHR

Von wegen dichte Grenzen: Asylzahlen verdoppelten sich im Mai

Obwohl die Grenzen zu den meisten Nachbarländern erst mit dem 15. Juni vollständig aufgingen, gab es im Mai einen scharfen Anstieg der Asylanträge in Österreich.

Wie Daten des Innenministeriums belegen, stiegen die Asylgesuche von April bis Mai von 338 auf 631 an – eine Steigerung von sage und schreibe 86,7 Prozent! Zum Vergleich: Im Vorjahreszeitraum stiegen die Zahlen nur um 1,04 Prozent an.

Nur Corona-Krise verhinderte Asylzahlen-Explosion

Freilich weist die Statistik offiziell einen Rückgang auf – denn natürlich kamen im Vorjahr in absoluten Zahlen mehr Asylwerber ins Land. Insgesamt sorgte die Corona-Pandemie in Europa nämlich für eine geringere Mobilität – im Vorjahr waren es in den fünf ersten Monaten des Jahres immer rund 1.000 Asylsuchende.

Daß die Zahlen für dieses Jahr insgesamt niedriger sind, ist dabei rein der Coronakrise geschuldet. Denn in den ersten beiden Monaten der schwarz-grünen Bundesregierung gab es mehr Gesuche als unter der türkis-blauen Vorgängerin. Im Jänner waren es mit 1.504 Anträgen sogar satte 43,5 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres!

Nehammer verwirrte mit falschen Zahlenspielen

Die Debatte um Asylwerber, die trotz angeblichen Einreisestopps in Österreich ankamen, entzündete sich Ende März, als zuerst in Wildon (Steiermark) und dann in Ossiach (Kärnten) ganze Busladungen von Asylanten gesichtet wurden. Daraufhin beschwichtigte ÖVP-Innenminister Karl Nehammer, es gäbe ohnehin nur zwölf Asylanträge pro Tag.

Sein blauer Amtsvorgänger Herbert Kickl zeigte aber auf, daß diese Zahlen nicht den Tatsachen entsprächen – und warf Nehammer Unehrlichkeit vor. Und tatsächlich scheint die Statistik im Nachhinein dem nunmehrigen FPÖ-Klubobmann recht zu geben. Denn 811 Asylanträge im März waren nach Adam Riese eigentlich etwa 26,2 pro Tag...

Die neue deutsche Partyszene

(Gerald Grosz für den Deutschland Kurier)

Alluah Akbar, der aktuelle schwäbische Partygruß schallte durch Stuttgart und wo man sich einst mit Bierkrügen ein gepflegtes „Prost“ zuwarf, fliegen die Pflastersteine, klirren nun die Fensterscheiben, stöhnen verletzte Polizisten, wird eine deutsche Großstadt dank Disco-Angies neuer globalisierter „Event- und Partyszene“ über Nacht in Schutt und Asche gelegt, regiert die bunte Welt der lauten Anarchie die blutige Nacht. Die neue deutsche Partywelle des 21. Jahrhunderts, ein klassischer Importschlager beginnend mit den erfolgreichen und weltbekannten Armlängenpartys in Köln, den Bahnsteigweitwurfesten von Frankfurt, den Schwertlängenpartys und nun den aktuellen Events von Stuttgart. Schön verpackt im neuen bunten Sprachkodex der politischen Korrektheit, denen sich nun nach dem Berliner Establishment auch die Sicherheitsbehörden willfährig und zugleich den gewaltigen Alltag negierend unterwerfen. Für den deutschen Duden und die eine oder andere Straftakte hätte ich da noch einige Vorschläge zur endgültigen Unkenntlichmachung der täglichen Realität zu machen. Kriminelle und Kapitalverbrecher könnten wir schlicht in Heilige umtaufen, die USA tun es ja bereits erfolgreich. Statt dieses fürchterlichen Wortes „Bombenattentate“ böte sich doch „jahreszeitunabhängiges lustiges Silvesterfeuerwerk“ an. Und falls wieder ein LKW in einen Weihnachtsmarkt donnert, könnte man es doch – sprachlich vornehm und tolerant wie wir sind – als „gutmenschliches Formel 1 Training“ oder als wetterunabhängige Schneeräumdienst titulieren. Aus Drogendealern

eindeutiger Provinienz machen wir „pharmazeutische Kindergartenpädagoginnen mit Touristenhintergrund“. Und die Einzelfallvergewaltiger sind halt künftig „Salsa Tänzer mit dem Hang zu intensiven Körperkontakt“ oder „autodikaktische Gynäkologen, die zur staatenübergreifenden Vorsorgeuntersuchung schreiten“. Aus dem ordinären Messerstecher wird in Deutschlands Medienlandschaft ein besonders begabter Zirkusakrobat oder man nennt sie künftig „tintenfreie Tätowierer! So stellt sich doch Angela „Wir schaffen das“ Merkel, ihre Regierung und die Handlanger des verlogenen Mainstreams die eine neue Sprache vor, die die Wahrheit zur Unkenntlichkeit verfälscht. Denn die unverbrüchliche Wahrheit könnte ja furcheinflößend oder diskriminierend sein. Und daher hätte ich auch für Deutschland einen neuen, angemessenen Namen: Größtes Irrenhaus der Welt.

Zitat - Aristoteles

Allein bei der Rechtschaffenheit ist es nicht das Wertvollste, zu wissen, worin sie besteht, sondern zu erkennen, woraus sie erwächst. Denn wir wollen nicht wissen, was Tapferkeit ist, sondern tapfer sein, und nicht, was Gerechtigkeit ist, sondern gerecht sein, ebenso wie wir auch lieber gesund sein wollen als erkennen, was die Gesundheit ist, und lieber uns wohl befinden als erkennen, was Wohlbefinden ist.

Der Mann, der nichts wußte

Sebastian Kurz erzählte vor dem U- Ausschuss hauptsächlich, was ein Kanzler nicht entscheidet

Ein alter Hitchcock-Klassiker: „Der Mann, der zu viel wußte“. Vorschlag für eine etwaige Verfilmung des Auftritts von Sebastian Kurz im Ibiza-Ausschuß: „Der Mann, der nichts wußte“.

Es war allerdings ein bisserl eintönig: „Als Bundeskanzler bin ich nicht zuständig für die Aufsichtsreform“ (als die Banken eine ihnen genehme Finanzaufsicht wollten). „Das Thema Glücksspiel ist nie groß auf meiner Agenda gestanden“ (als Finanzminister Löger ein Gesetz vorbereiten ließ, das private Glücksspielfirmen begünstigt hätte). Oder als es um die Installierung des Kurz-Vertrauten Thomas Schmid in der Verstaatlichten-Holding ging: „Nein, das hat der Aufsichtsrat entschieden.“ Wie war das, als die Privatkliniken mehr Anteil an den Sozialversicherungsgeldern wollten? „Ich habe keine Wahrnehmungen dazu.“ Das Projekt „Edelstein“, bei dem das Bundesrechnungsamt mitsamt seinem Datenschatz verklöpft werden sollte? „Das hat mich nicht sonderlich interessiert.“ Besetzung von Schlüsselpositionen? „Ich kann mich nicht an jede erinnern.“

Nur einmal war der Kanzler klar: „Ich bin Bundeskanzler und nicht Erziehungsberechtigter“ schnaubte er, als ihm SMS von Strache an Löger vorgelegt wurden, in denen Strache die Rolle von Kurz beim Casino-Deal ansprach. Na ja, Erziehungsberechtigter der FPÖ war er ja bei Gott nicht, aber diese Schwererziehbaren in die Regierung geholt hat er schon. (Hans Rauscher, 24.6.2020)

„Multikulti“ in Zahlen: 13.930 (!) Polizeieinsätze in zwei Jahren rund um den Westbahnhof

Corona-Zeit, „Black-Lives-Matter“ und täglich zelebrierter Strache/Gudenus-Sumpf rücken ein tatsächliches Hauptproblem der westeuropäischen Gesellschaften in den Hintergrund: die Zerbröselung des Zusammenhalts derselben und das Versagen der staatlichen Institutionen bei vornehmlich migrantischen Jugendlichen. Letzte Woche musste man dazu wieder spektakuläre Beispiele den Medien entnehmen:

„Drei Tage lang dauerte das westernähnliche Duell zwischen ortsansässigen Maghrebinern und den tschetschenischen Angreifern.“ berichtet Der Standard am 19. Juni und führt weiter aus: „Die Polizei verfolgte das unerhörte Geschehen in dem

Einwandererviertel Les Grésilles nur aus der Distanz, hatte sie doch den Sturmgewehren bloß Pistolen entgegensetzen.“

In der Landeshauptstadt von Baden-Württemberg, Stuttgart, eskalierte nach Medienberichten eine polizeiliche Drogenkontrolle. Die Folge war Verwüstung der Stadt und etliche schwerverletzte Polizisten. Hans-Jürgen Kirstein, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg, wird dazu wie folgt zitiert: „Es sieht danach aus, dass vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund vorn bei den Randalen mit dabei waren.“ – welche Überraschung....

Und bei einer Messer-Attacke in der britischen Stadt Reading wurden drei Menschen getötet und drei Personen schwer verletzt – ein Libyer stach nach einer Demo gegen Rassismus auf Passanten ein und verursachte ein Blutbad.

Das ist die Horrorbilanz der letzten Tage – und natürlich hat diese hemmungslose Gewalt etwas mit der zügellosen Einwanderung und dem Aufeinanderprallen von Kulturen zu tun – auch wenn das die meisten Medien und Politiker noch immer nicht wirklich wahrnehmen wollen. Der Kampf der Kulturen wird blutig ausgetragen, zumindest von einer Seite.

Wer glaubt, dass Wien und Österreich noch immer eine „Insel der Seligen“ ist, wo so etwas einfach nicht vorkommen kann/wird, der sollte sich die Beantwortung des Innenministers auf die Anfrage der freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Dagmar Belakowitsch zu Gemüte führen. Darin werden die Polizeieinsätze am und rund um den Westbahnhof der Jahre 2018 und 2019 aufgelistet. Und die Zahlen haben es in sich: „Im Jahr 2018 wurden im angefragten Bereich 7.160 und im Jahr 2019 insgesamt 6.770 Einsätze registriert, und zwar an jedem Kalendertag mehrere.“, wird beauskunftet, dabei geht es um die „gesamte Bandbreite des polizeilichen Einschreitens“. Schon klar – nicht jedes polizeiliche Einschreiten ist gleich ein schweres Verbrechen. Aber fast jeden dritten Tag musste dort die Einsatzgruppe „WEGA“ einschreiten: Im Jahr 2018 wurden insgesamt 104 Mal Kräfte der Einsatzeinheit Wien (WEGA) eingesetzt und im Jahr 2019 wurden insgesamt 103 Mal Kräfte der Einsatzeinheit Wien (WEGA) eingesetzt.

Der Westbahnhof ist ein Brennpunkt für jugendliche Migranten und auch für die osteuropäische Alkoholikerszene. Dazu mischen sich Süchtige samt Anhang. Übergänge sind fließend. Schon 2017 wurde in Hinblick auf die hauptsächlich afghanischen Jugendlichen von einer Polizeisprecherin verlautbart: „Die Kriminalität am Bahnhof ist stark rückläufig.“ Damit kann sich jeder vorstellen, was 2017 dort los war. Um die Kriminalität auf dem Wiener Westbahnhof einzudämmen, haben die ÖBB damals das Gratis-WLAN stark eingeschränkt – und dann behauptet, die Kriminalität sei stark zurück gegangen.... Die Zahlen sprechen eine andere Sprache.

Es wäre auch für die politisch Verantwortlichen in dieser Stadt endlich an der Zeit, das Problem als das zu erkennen, was es ist: der Verlust der Souveränität der staatlichen Institutionen.

Der ORF der Schweiz sieht die ÖVP von Kanzler Sebastian Kurz „im Zwielficht“

Der Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) ist das Pendant zum österreichischen ORF – auch in seiner Ausrichtung: Fast 70 Prozent aller dortiger Journalisten bezeichnen sich als links.

„Ibiza-Video“ als schwarzes Debakel

Dieser Tage berichtet auch der SRF über die Aufarbeitung des „Ibiza-Videos“ im Nachbar-land. Doch wer erwartet hat, daß die Schweizer in den Chor der österreichischen Medien einstimmen, irrt.

Dort steht nämlich die ÖVP von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Mittelpunkt der Berichterstattung. Allein der Titel des Beitrags, „Partei von Sebastian Kurz im Zwielficht“ zeigt, wen die Schweizer im Zentrum der Frage sehen, „ob sich die letzte Regierung von Volkspartei (ÖVP) und Freiheitlichen (FPÖ) kaufen ließ“.

Untersuchungsausschuß als Offenbarung über die Kanzlerpartei

Und dann werden die Erkenntnisse aus dem bisherigen Untersuchungsausschuss aufgezählt:

- daß die Polizei schlampig ermittelte – und so die ÖVP schützte,
- daß die Computer in den ÖVP-Parteibüros nicht untersucht wurden mit der Begründung, allfällige Beweise seien bestimmt längst vernichtet, – wie „der wichtigste Ermittler“, „zufällig“ ÖVP-Kandidat, erklärte,
- daß der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Wolfgang Sobotka (ÖVP) einem Verein vorsteht, der von der Novomatic geschmiert wurde, – bei der Aussage des ehemaligen Novomatic-Chefs sogar den Saal verließ.

Abrechnung mit der ÖVP

Die Schweizer kommen zu dem Schluß: **Die Indizien gegen die mächtigste Partei im Land mehren sich.**

ÄRGER UM TICKET-TARIFE

Trotz Corona: ÖBB erhöhen Preise um 1,5 Prozent

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit – die Corona-Krise hat tiefe Spuren hinterlassen. Für viele ist das Geld im Börserl derzeit knapp. Umso weniger Verständnis gibt es daher, daß der Verkehrsverbund Ostregion (VOR) trotz Widerstand der Bundesländer Niederösterreich, Wien und Burgenland mit Juli die Tarife erhöht.

Dem Verbraucherpreisindex entsprechend werden die Ticketpreise um durchschnittlich 1,5 Prozent steigen. Bereits im Vorfeld haben Burgenland, Wien und Niederösterreich darauf gedrängt, diesen Automatismus wegen der Corona-Krise um ein halbes Jahr zu verschieben – ohne Erfolg. „Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise, einer halben Million Arbeitsloser und über einer Million Österreicher in Kurzarbeit ist das ein Schlag ins Gesicht vieler Pendler“, ärgert sich Verkehrslandesrat Heinrich Dörner aus Eisenstadt. Die Teuerung erfolge laut Verkehrsverbund auf Betreiben der bundeseigenen ÖBB, die von der öffentlichen Hand heuer 500 Millionen Euro für die Ostregion erhalten. In dem Zusammenhang sei die Tarifierhöhung, die eine Million Euro ausmache, ein Hohn, kritisiert Dörner.

Im blau-gelben Büro von Mobilitätslandesrat Ludwig Schleritzko sieht man die Schuld ebenfalls bei den Bundesbahnen: „Leider hat der größte Vertragspartner im Verkehrsverbund auf die Erhöhung bestanden.“ Man habe versucht, die „Tarifanpassung“ zumindest zu verschieben, sei aber an die geltenden Verträge gebunden.

Lesen Sie auch KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 273 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *